

Update aus Berlin

Januar 22 (II)

NEUES aus dem Wahlkreis

WICHTIGES aus dem Bundestag



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

eine spannende und aufwühlende Woche in Berlin geht zu Ende. Es war eine Woche der Orientierung in Richtung Zielgeraden der Pandemie, eine Woche der enttäuschenden Nachrichten und eine weitere Woche der digitalen Austauschgespräche. Vor allem aber war es eine Woche des Erinnerns, des Ermahnens, und eine Woche gegen das Vergessen.

Am 27. Januar 1945 wurde das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau von der Roten Armee befreit. Seit 1996 ist dies deshalb der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Im Rahmen der bewegenden Gedenkstunde im Bundestag sprachen der Präsident des israelischen Parlaments, Mickey Levy, und besonders eindrucksvoll, die Shoa-Überlebende Inge Auerbacher. Sie war eines der wenigen deportierten Kinder, die zurückkehrten. Und sie ist eine der letzten lebenden Zeitzeuginnen und Zeitzeugen. Es ist unsere Verpflichtung, ihre Geschichten weiter zu erzählen, die mahnenden Erinnerungen zu bewahren und uns gegen jede Form von Antisemitismus einzusetzen.

Einer ersten Orientierung – Impfpflicht ja, nein, oder ja, aber...? – diente die Debatte im Plenum am Mittwoch. Es ist wichtig, dass dieses Thema ausführlich in einem demokratisch gewählten Parlament diskutiert wird und verschiedene Positionen angehört werden. Mehr dazu lest ihr ab Seite 3.

Für Aufregung sorgte in dieser Woche die Aussetzung der Wohnungsbauförderung für klimagerechten Neubau der KfW – auch bei mir. Dass die CDU die Altschulden ihres Wirtschaftsministers nun auf die neue Regierung schiebt, zählt zu den lästigen Nebenwirkungen dieser ernsten Angelegenheit. Mehr dazu erfahrt ihr auf Seite 6.

Nicht zuletzt stand diese Woche auch im Zeichen junger, zukunftsorientierter Politik. Während meine Praktikantin Greta van der Veer ihre letzte Arbeitswoche im Bundestag angetreten hat, hat mir Juso und Landtagskandidat "Freddy" Werning von seinen Zukunftsplänen für den Kreis Warendorf erzählt.

Das und vieles mehr findet ihr auf den folgenden Seiten – viel Spaß beim Lesen!

Viele Grüße aus Berlin.

Euer

Burbard Dalding

Inhalt

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. >>>
Orientierungsdebatte Impfpflicht. >>> Kommunalpolitischer Austausch zu
Perspektiven der Innenstädte. >>> Rückblick B. Spricht mit Frederik Werning.
>>> Praktikantin aus der Heimat im Bundestag. >>>> Zum Stopp der
Wohnungsbauförderung für klimagerechten Neubau.

B

27. Januar:

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

"Du kannst dich bei den Deutschen tot dokumentieren", schreibt Joseph Wulf, Historiker und Überlebender von Auschwitz, nachdem sich Anfang der 70er Jahre die von ihm unermüdlich verfolgte Idee zerschlägt, am Großen Wannsee ein internationales Dokumentationszentrum zu errichten. Es dauert bis 1992, dass aus der Villa, in welcher die Ermordung der europäischen Juden geplant wurde, eine Gedenk- und Bildungsstätte wird. Anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar und da sich an diesem 20. Januar die Wannseekonferenz um 80. Mal gejährt hat, hat die Gedenk- und Bildungsstätte eine beeindruckende Ausstellung im Paul-Löbe-Haus des Bundestags organisiert. Es erfüllt mich immer aufs Neue mit Schrecken, dass der systematische Mord an Millionen Menschen ein nüchtern geplantes Verbrechen ist, bürokratisch organisiert unter Einsatz des gesamten Verwaltungsapparates. Während der Gedenkveranstaltung im Plenum sprachen der Präsident des israelischen Knessets und Frau Dr. hc. Inge Auerbacher, geboren 1934 in Kippenheim (Baden). Die Schilderungen von Frau Dr. hc. Inge Auerbacher über ihre Erfahrungen als Kind im Konzentrationslager und die Geschichte über die ermordeten Eltern ihrer besten Freundin waren aufwühlend und erschütternd. Frau Dr. hc. Inge Auerbachers Worte "Die Geschichte darf nie vergessen werden."

verstehe ich als gesellschaftliche und persönliche Verpflichtung.





Mit einem leuchtenden Schriftzug, projiziert an die Westfassade, hat der Bundestag an der weltweiten Kampagne zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus teilgenommen.



Orientierungsdebatte Impfpflicht

In dieser Woche haben wir im Bundestag die erste Debatte zu einer möglichen Impfpflicht geführt. Aus meiner Sicht ist eine Impfung nicht nur eine individuelle Entscheidung.

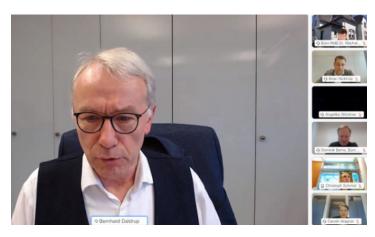


Wenn die Entscheidungen von individuellen Bürgerinnen und Bürgern extreme negative Folgewirkungen für unsere Mitmenschen und unsere Gesellschaft haben, können wir die Bürgerinnen und Bürger dazu verpflichten, sich solidarisch gegenüber ihren Mitmenschen zu verhalten. Deshalb bin ich für eine Impfpflicht.

Man merkte meinen Kolleginnen und Kollegen aus den demokratischen Fraktionen an, wie sie selber mit dem Thema ringen. Es handelt sich hierbei schließlich um eine komplizierte Abwägung von ethischen, medizinischen und rechtlichen Fragen. Dass die Rechtspopulisten von der AfD dieser Komplexität nicht gewachsen sind, war keine Überraschung. Zur Disposition stehen derzeit drei Modelle: 1. Eine allgemeine Impfpflicht für alle Erwachsenen. 2. Das Stufenmodell: Ein verpflichtendes Aufklärungsgespräch und im zweiten Schritt eine altersbezogene Impfpflicht für Menschen, die 50 Jahre oder älter sind. 3. Eine Ablehnung der Impfpflicht. Aufgrund der Relevanz des Themas und der Komplexität der Debatte unterstütze ich es, dass die Entscheidung in die Hände des Parlamentes gelegt wurde. Der Bundestag ist der Ort für demokratische Debatten. Auch ein überstürztes Vorgehen wäre fatal. Eine Impfpflicht hilft uns vor allem perspektivisch im nächsten Herbst und Winter. Zugleich handelt es sich um eine sensible Frage, in der wir zwischen verschiedenen Grundrechten abwägen müssen. Sollte es zu einer Impfpflicht kommen, wird es mit großer Sicherheit Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht geben. Damit diese keinen Erfolg haben, werden wir präzise arbeiten, um eine Impfpflicht und ihre Umsetzung verfassungsfest zu machen. Positiv in meiner Einschätzung stimmt mich, dass das Bundesverfassungsgericht im letzten November bereits die "Corona-Notbremse" aus dem Frühjahr 2021 für verfassungsgemäß erklärt hat und betont, dass der Staat die drohende Überlastung des Gesundheitssystems mit intensiven Eingriffen abwenden darf. Eine ergebnisoffene Abstimmung über Anträge aus der Mitte des Parlaments kann aus meiner Sicht die Gesellschaft befrieden und genießt eine hohe Legitimität. So schaffen wir eine höhere Akzeptanz bei den Teilen der Gesellschaft, welche sich ein anderes Abstimmungsergebnis gewünscht hätten.



Kommunalpolitischer Austausch zu Perspektiven der Innenstädte



Kommunen sind der Mittelpunkt gesellschaftlichen Lebens in Deutschland, das Rückgrat unserer Demokratie. Wir brauchen deshalb starke, selbstbewusste Städte und Gemeinden mit zukunftsfähigen Innenstädten und Ortskernen. Diese sehen sich in den letzten zwei Jahren, aufgrund der Corona-Pandemie, mit enormen Strukturveränderungen konfrontiert. Das betrifft den Einzelhandel, die Gastronomie und das Hotelgewerbe ebenso wie Museen, Theater, Büchereien und Kinos. Zur Wiederbelebung der Innenstädte hat der Bund – in Ergänzung zur bewährten Bund-Länder-Städtebauförderung – im Sommer ein neues 250 Mio. Euro schweres Bundesprogramm "Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren" auf den Weg gebracht. Im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets konnten 238 Kommunen aus allen Bundesländern und in allen Stadtgrößen ausgewählt werden. Mit 80 % der ausgesuchten Kommunen werden zum sehr großen Teil Kleinstädte (37%) und Mittelstädte (43%) von einer Förderung profitieren. Im Kreis Warendorf profitieren Albersloh (Fördersumme: 487.500€) und Freckenhorst (348.750€) von dem Programm.

Das Ziel des Innenstadtprogramms ist es die Kommunen dabei zu unterstützen. konzeptionelle Maßnahmen zur Behebung von Leerständen, Förderung von Co-Working Spaces, Kulturprojekten und Ideen zur Revitalisierung vom stationären Handel zu entwickeln. Wie so oft gibt es viele Ideen und Konzepte, wie wir Innenstädte lebendig halten und notwendige Nutzungsänderungen mitgestalten können. Über die Stadtentwicklungspolitik haben wir diese Woche im Rahmen des kommunalpolitischen Austausches mit Nicole Graf, Ministerialdirigentin im Ministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, und Michael Reink, Leiter des Bereichs Standort- und Verkehrspolitik im Handelsverband Deutschland, diskutiert. Zum digitalen Austausch haben sich insgesamt 149 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, vor allem Abgeordnete und ihre Teams, zugeschaltet. Dies zeugt von einem großen Interesse an der Stadtentwicklungspolitik. Als Sprecher der Arbeitsgruppe Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen ist mir der Austausch mit politischen Akteuren und Vertretern der Wirtschaft sehr wichtig, denn Innenstädte, die man gerne besucht, sind identitätsstiftend und tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Gelungene Beispielprojekte findet ihr auf www.unsere-stadtimpulse.de



B. Spricht mit Frederik Werning

An diesem Mittwoch habe ich mich mit Frederik Freddy' Werning im Rahmen meiner Reihe B.spricht auf Instagram unterhalten. Freddy kandidiert bei der kommenden Landtagswahl für unsere SPD im südlichen Kreis Warendorf und will der Nachfolger von Annette Watermann-Krass werden. 2009 ist Freddy der Ver.di und der SPD beigetreten, während seiner Ausbildung engagierte er sich ehrenamtlich in der Ausbildungsvertretung. Seit 2014 arbeitet Freddy für die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di. Zudem sitzt er ehrenamtlich im Stadtrat von Ahlen. Gerne unterstütze ich es, wenn junge Menschen sich um ein Mandat bewerben und ich finde so viel ehrenamtliches Engagement verdient Anerkennung. In unserem Gespräch haben wir viele Themen besprochen: Über den Mindestlohn, die von uns geforderte Urabstimmung zur Pflegekammer, die Zementindustrie in unserer Heimat, sowie Freddys Themen Chancengleichheit, Klimawandel und eine soziale gerechte Digitalisierung.



Die Relevanz der Landtwagswahl in NRW kann man nicht genug betonen. Eine SPD-Regierung würde NRW in vielen Punkten voranbringen, über die Bildungsstruktur, einen sozial gerechten Strukturwandel bis zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Zudem können wir mit guten Ergebnissen bei den Landtagswahlen in diesem Jahr die Sperrminorität der CDU im Bundesrat brechen.

Praktikantin aus der Heimat im Bundestag



In den letzten vier Wochen hat die 21-jährige Studentin aus meinem Wahlkreis, Greta van der Veer, mein und mich Team bei der Arbeit in Berlin begleitet. Neben dem Beantworten von Bürgeranfragen half Greta bei der Hintergrundrecherche zu finanz- und baupolitischen Themen sowie bei organisatorischen Aufgaben. Im Rahmen des Fraktionsprogramms für Praktikanten hatte sie die Chance an einer Diskussionsrunde mit dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen teilzunehmen und das Abgeordnetenhaus Berlins zu besichtigen. Ich habe mich sehr gefreut, Greta sowohl die Arbeit des Finanzausschusses als auch des Bauausschusses näher zu bringen und ihr einen Einblick in das Herz der Demokratie zu gewähren.

Zum Stopp der Wohnungsbauförderung für klimagerechten Neubau

Hohe Wellen schlägt in diesen Tagen der Stopp der Wohnungsbauförderung für klimagerechten Neubau nach dem sogenannten KfW-55-Standard. Der Ärger über den kurzfristigen Stopp der Bauförderung ist absolut nachvollziehbar und kann so nicht bleiben. Auch wenn die Ursachen für den Run auf die Förderung vor allem bei Peter Altmaier verortet werden können, darf das nicht auf dem Rücken der Antragsteller ausgetragen werden. Wir stehen in intensiven Gesprächen mit der Fraktion und den Koalitionsfraktionen, sowie mit den zuständigen Ministern Robert Habeck (Wirtschafts- & Klimaministerium) und Christian Lindner (Finanzministerium), um hier zu einer schnellen Lösung zu kommen.

Mindestens muss es eine Lösung für die Antragsteller geben, die fristgerecht beantragt haben, deren Antrag aber nicht durch das Haushaltsmittel gedeckt ist und es eine Anschlussförderung bis zum 31. Januar geben. Das müssen sowohl das Wirtschafts- als auch das Finanzministerium in Abstimmung mit dem Bauministerium sicherstellen. Völlig konzeptlos kündigte das alte Ministerium im November den ersatzlosen Schluss der Förderung zum 31. Januar, was dann einen Run auf die Förderung ausgelöst hat, wie ihn die KfW noch nie erlebt hat. Das überfallartige Einstellen der Förderung zum 24. Januar durch die KfW kann nicht hingenommen werden, auch wenn das Programm bereits mit 6 Milliarden Euro zusätzlich ausgestattet worden war.

Der Run auf die Förderung war zu erwarten. Die Zahl der geförderten Wohneinheiten stieg 2020 von 151.000 auf 2021 über 287.000. Weil Wirtschaftsminister Altmaier und die KfW das Programm nicht besser gemanagt und keinerlei degressive Förderung oder verfahrensrechtliche Steuerung hinbekommen, darf dies nicht zur Hypothek der Antragsteller werden, deren Traum vom klimagerechten Eigenheim zerplatzt.

Auch der Koalitionsvertrag erlaubt keine Abbruchkante bei der Förderung und er gilt für alle gleich. Vielmehr sollte das Auslaufen der KfW-Förderung einhergehen mit einer neuen Förderkulisse, die sich an der Senkung der Treibhausgas-Emissionen. Daran wird hoffentlich mit Hochdruck gearbeitet. (Der KfW-40 Standard soll erst 2025 wirksam werden.)

Die Kritik der Union, auch im Kreis Warendorf ist nicht anders als pharisäerhaft zu bezeichnen, denn die Ursache des Dilemmas liegt im Wirtschaftsministerium Peter Altmaiers. "Wir reden jetzt nicht mehr über zusätzliche Millionen, sondern über Beträge in Milliardenhöhe. Die plötzliche Ankündigung der KfW, die Förderung bereits zum 24. Januar einzustellen, kritisiere ich sehr deutlich und erwarte, dass es eine kurzfristig wirksame Lösung gibt, bei der sich auch Wirtschafts- und Finanzminister bewegen müssen. Daran arbeitet zum Glück auch die Bauministerin, die aber leider bisher weder in dieses Förderprogramm einbezogen war noch die dafür notwendigen Mittel bewirtschaftet. Die Hypothek der alten Regierung darf nicht auf dem Rücken bauwilliger Bürgerinnen und Bürger beglichen werden."

